

## **Stellungnahme des Landtags**

### **durch den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisie-  
rung und Migration vom 2. Oktober 2018  
– Drucksache 16/4944**

### **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit**

#### Stellungnahme

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 2. Oktober 2018 – Drucksache 16/4944 – Kenntnis.

17. 10. 2018

Die Berichterstatterin:

Andrea Schwarz

Der Vorsitzende:

Karl Klein

#### Bericht

Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration beriet die Mitteilung Drucksache 16/4944 in seiner 26. Sitzung am 17. Oktober 2018.

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, wegen der Eilbedürftigkeit sei der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration gemäß § 26 Absatz 4 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags ermächtigt, für den Landtag abschließend Stellung zu nehmen.

Ein Abgeordneter der SPD zeigte auf, das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit habe als Adressaten Industrie, Technologie und Forschung. Dies seien Markteteiligte im freien Wettbewerb. Er wolle wissen, ob es für die Cybersicherheit in Verwaltungen etwas Vergleichbares gebe.

Neben dem Europäischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit sollten auch nationale Koordinierungszentren geschaffen werden. In diesem Zusammenhang interessiere ihn zu erfahren, ob es Ambitionen seitens des Landes gebe, den Sitz des nationalen Koordinierungszentrums in Deutschland nach Baden-Württemberg zu holen.

Der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration betonte, er sei froh über die Errichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit. Diese

Ausgegeben: 12. 11. 2018

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-  
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

wichtige Thematik habe er seit vielen Jahren in allen Gesprächen, die er in Brüssel geführt habe, immer wieder angesprochen, auch gegenüber dem zuständigen Kommissar Sir Julian King. Das letzte Mal habe er auf einer internationalen Sicherheitskonferenz zum Thema Cybersicherheit, Cyberwar und Cybersecurity im Mai dieses Jahres in Tallinn für die Schaffung eines solchen Kompetenzzentrums geworben. Insofern freue er sich darüber, dass dies jetzt eine Struktur annehme.

Auf nationaler Ebene sei bei Fragen der Cybersicherheit in Verwaltungen am ehesten das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik eine vergleichbare Adresse. Eine ähnliche Einrichtung auf europäischer Ebene sei ihm nicht bekannt. Allenfalls gebe es eine kleine Agentur mit einer minimalen Personalausstattung. Weitere Informationen darüber werde er nachliefern.

Selbstverständlich werde sich das Land darum bemühen, das nationale Koordinierungszentrum in Baden-Württemberg anzusiedeln. Sein Haus werde sich aktiv und intensiv in den Entscheidungsprozess über den Standort in Deutschland einbringen. Dafür sprächen auch die in Baden-Württemberg vorhandenen Strukturen, das Know-how und die Expertise in den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Speziell eine Region in Baden-Württemberg sei in Sachen Cybersicherheit national einmalig. Das Ministerium werde alle Anstrengungen unternehmen, um das nationale Koordinierungszentrum dort zu etablieren. Ob dies gelingen werde, könne er allerdings nicht versprechen.

Ein Abgeordneter der AfD äußerte in Richtung des Abgeordneten der SPD, zu den Aufgaben des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit gehöre u. a. die Verbesserung des Wissenstransfers im Bereich Cybersicherheit zwischen dem öffentlichen Sektor, der Wirtschaft und der Forschung. Insofern sei die Ebene der Verwaltung durchaus mit eingebunden.

Seine Fraktion habe immer Bedenken, wenn eine Oberbehörde neu geschaffen werden solle. Er wage sich gar nicht auszumalen, was dieses Kompetenzzentrum alles koordinieren solle. Als Organe solle es einen Verwaltungsrat, einen Exekutivdirektor und einen wissenschaftlich-technischen Beirat haben. Ihm erschließe sich nicht, was der Added Value des Ganzen sein solle.

Nach seinem Dafürhalten müssten dem öffentlichen Sektor und allen Unternehmen schon allein aus eigenem Interesse daran gelegen sein, in Sachen Cybersicherheit über so viel Wissen wie möglich zu verfügen und dies auch untereinander auszutauschen. Dafür benötigten sie aber keinen Koordinator. Insofern stelle er diese neu zu schaffende Institution infrage.

Der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration entgegnete, dies sehe er anders. Problematisch sei, dass die Europäische Union bei Produkten im Bereich der Cybersicherheit derzeit weitgehend von nicht europäischen Anbietern abhängig und in dieser Hinsicht eher schwach sei. Seiner Ansicht nach könne das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit mit dem Wissenstransfer, der dort organisiert werden solle, das Ganze auf europäischer Ebene durchaus voranbringen. Vielleicht gelinge es auf diese Weise, Produkte im Bereich der Cybersicherheit direkt in Europa zu entwickeln. In diesem Zusammenhang könne das neue Kompetenzzentrum sicherlich einen wertvollen Beitrag leisten.

Zweifelsohne engagiere sich auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schon sehr stark auf dem Gebiet der Cybersicherheit. Im Grunde genommen sei dies eine Herausforderung, die auf europäischer Ebene angegangen werden müsse. Insofern sei er froh darüber, dass sich Europa dieser Aufgabe nun mit dem Europäischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit annehme. Es könnte durchaus auch sein, dass das nationale Koordinierungszentrum beim BSI angedockt werde, was zumindest aus fachlichen Gründen nachvollziehbar sei.

Er habe sich in der Vergangenheit sehr darum bemüht, die süddeutsche Außenstelle des BSI in Baden-Württemberg anzusiedeln, und in diesem Zusammenhang immer wieder Gespräche auch mit dem Präsidenten des BSI geführt. Vor Kurzem habe er die Nachricht erhalten, dass diese Außenstelle nun tatsächlich in Baden-Württemberg errichtet werden solle, worüber er sich sehr freue. Insofern würden ein Teil des BSI und damit auch Kompetenz in Sachen Cybersicherheit in Baden-Württemberg angesiedelt.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, für den Landtag folgende Stellungnahme abzugeben:

*Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 2. Oktober 2018 – Drucksache 16/4944 – Kenntnis.*

Der Ausschuss stimmte ohne förmliche Abstimmung zu.

07. 11. 2018

Andrea Schwarz